

STEFAN BOLLINGER

Ohne ostdeutsche Sozialwissenschaftler keine ost- oder gesamtdeutsche Zivilgesellschaft

Auch dreizehn Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit fremd im eigenen Land: Ob fehlende Einkommensangleichung, minimaler Anteil am Produktiv-, Immobilien- und Geldvermögen, westdeutsche Chefs in Unternehmen und Büros. Nicht zuletzt sind die ostdeutschen Intellektuellen *ausgegrenzt*. Die Abwicklung liegt mehr als ein Jahrzehnt zurück, die letzten Wissenschaftlerintegrationsprogramme haben ihr Leben ausgehaucht. Also Schwamm drüber, vergeben und vergessen? Nein, den westdeutschen Intellektuellen und ihren ostdeutschen Helfern muß immer wieder der Spiegel vorgehalten, bei ihren ostdeutschen Ex-Kollegen die Apathie angegangen und zumindest den ostdeutschen Politikern nahegebracht werden, daß sie immer noch in der Pflicht stehen.

Bislang sind intellektuelle Debatten des vereinten Deutschlands westdeutsche Debatten. Geht es um Facetten der NS-Geschichtsaufarbeitung, den Rechtsextremismus und das NPD-Verbot, Antisemitismustreite der Bubis, Walser, Möllemann und Friedman, die historische Mitte Berlins oder »Krieg gegen den Terror«, so melden sich fast ausschließlich Westdeutsche ebenso selbstbewußt wie gelegentlich rechthaberisch zu Wort. Selbst originär ostdeutsche Probleme – nach rechts driftende Jugendliche, DDR-Vergangenheitsbewältigung und Stasi-Akten – sind eher Sache der Westdeutschen. Meinungsforscher und wohl auch Politiker wissen zwar inzwischen, daß der Osten »anders tickt« und jenes »sozial-demokratische« Grundbewußtsein (Reißig) zu sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Angleichung der Lebensverhältnisse die Ostdeutschen etwas störrisch im gesamtdeutschen Einheitsbrei macht, aber dem wird offensiv begegnet. Detlef Pollack diagnostiziert: »Wo die Ostdeutschen gar Kritik am Westen üben, kann es sich in den Augen vieler Westdeutscher dabei nur um den Versuch handeln, die DDR-Vergangenheit aufzuwerten. Man hält die Ostdeutschen für illegal. Sie hätten ihre Demokratiefähigkeit noch nicht glaubhaft unter Beweis gestellt. Wo der Fremde nicht die Gesamtheit der einheimischen Zivilisations- und Kulturmuster als natürliche und angemessene Lebensform übernimmt und ›als die beste aller für jedes Problem möglichen Lösungen‹ akzeptiert, wird er undankbar genannt. Auch wenn er nur einer leichten Irritation Ausdruck verleihen wollte, spricht man ihm das Recht ab, die eigene Gesellschaft zu beurteilen.«¹ Es ist natürlich ein ostdeutscher Sozialwissenschaftler, der sich so unverstanden fühlt. Andere lassen eh nur »Arbeiten wie bei Honecker und leben wie bei Kohl«² gelten.

Stefan Bollinger – Jg. 1954; Dr. sc. phil., Politikwissenschaftler; engagiert in ostdeutschen Wissenschaftszusammenhängen; Dozent in der Erwachsenenbildung. Mit Ulrich van der Heyden und Mario Keßler Sprecher der »Initiative Sozialwissenschaftler Ost«. Wichtige Publikationen: (mit Fritz Vilmar Hrsg.) Die DDR war anders. Eine kritische Würdigung ihrer sozialkulturellen Einrichtungen (2002); (mit Ulrich van der Heyden Hrsg.) Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland (2002). Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Ostdeutsche Sozialwissenschaftler – Wege der Reintegration, Heft 148 (Februar 2003).

1 Pollack, Detlef: Wer fremd ist, sieht besser, in: Die Zeit, 42/2002, S. 11.

Die ostdeutsche »Abstinenz« steht für ein doppeltes Phänomen: dem nicht immer für westdeutsche Probleme aufgeschlossenen intellektuellen Zugang, mehr aber für den bewußten wie unbewußten Ausschluß der anders gearteten Landsleute mit der falschen Biographie im falschen Land. Immerhin werden Friedrich Schorlemmer und Daniela Dahn, Werner Mittenzwei und Wolfgang Engler, Willi Sitte und Volker Braun inzwischen zur Kenntnis genommen, finden gelegentlich Gehör in Talkshows und Feuilletons. Die Mehrheit der Ost-Intellektuellen bleibt aber auf ein Wissenschafts- und Publizistikbiotop einer »zweiten Wissenschaftskultur«³ zwischen Berliner Debatte INITIAL, Utopie kreativ, Comparativ, BISS Public, Berliner Journal für Soziologie, Freitag, Blättchen, WeltTrends oder Hochschule ost reduziert. Das Offensein für gesamtdeutsche wie internationale Diskussionen, ebenso wie gelegentliche Lehraufträge und ausnahmsweise Festanstellungen im Wissenschaftsbetrieb ändern nichts an der Außenseiterrolle produktiver und streitbarer Intellektueller. Läßt man die Publikationslisten ostdeutscher sozialwissenschaftlicher Vereine und einzelner Wissenschaftler Revue passieren, wird zumindest Ostdeutschen klar: Wenn sie unter schlechten, extrem unsicheren Bedingungen so kreativ, selbstkritisch und kritisch sind, was würden sie erst unter optimalen Bedingungen leisten! Nur Zyniker schlössen, daß erst miese Bedingungen geistige Höhenflüge ermöglichen.

Zu den erfreulichsten Tatsachen im Umfeld der verloren gegangenen DDR-Sozialwissenschaftler gehört, daß diese Frage bis heute nicht völlig in Vergessenheit geraten ist. So brachen kürzlich prominente, einst vor der Hitlerbarbarei emigrierte Historiker eine Lanze für ihre Kollegen. Das bestätigt trotz aller Skepsis, daß Stillhalten und Schweigen nicht adäquater Widerstand sein können. Berechtigt beklagen die Emigranten: »Elf Jahre nach der staatlichen, von der deutschen Bevölkerung mehrheitlich gewünschten, aber auf gleichberechtigter Basis erhofften Vereinigung des Landes ist die intellektuelle ›Infrastruktur‹ in Ost- und Westdeutschland unterschiedlicher, als sie es je in der Zeit der Teilung war. Trotz Umbaus und Neugründungen von Hochschulen und anderen Einrichtungen ist in den neuen Bundesländern eine die Zivilgesellschaft tragende intellektuelle Bevölkerungsschicht kaum mehr wahrnehmbar. Die Gründe dafür liegen vor allem in der rigorosen Entfernung ostdeutscher Intellektueller aus ihren bis 1989 ausgeübten akademischen Berufen; eine Entfernung, die weit über die erforderliche Erneuerung und den einigungsbedingten notwendigen Umbau der Wissenschaftslandschaft hinausging.«⁴

Warum sind sie von der Bildfläche verschwunden?

Man mag es drehen wie man will: Nach dem 3. Oktober 1990 wurde in den neu gewonnenen Bundesländern durch die obsiegende westdeutsche Seite der Kalte Krieg erfolgreich beendet. Nicht zuerst die Unzufriedenheit der DDR-Bürger – von einigen frustrierten Bürgerrechtlern abgesehen – mit ihrem fehlgelaufenen staatssozialistischen System, sondern die Mentalität der neuen »Sieger der Geschichte« bescherte Ostdeutschland die Überstülpung der ebenso bewährten wie reformbedürftigen West-Strukturen. Helmut Wiesenthal

2 Vgl. Roethe, Thomas: Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl. Ein Plädoyer für das Ende der Schonfrist, Frankfurt/M. 1999.

3 Siehe anschaulich Berger, Stefan: Was bleibt von der Geschichtswissenschaft in der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 11/2002, S. 1016-1034.

4 Wir, die Unterzeichner, mit der deutschen Kultur und Wissenschaft verbundene Forscher und Universitätslehrer ..., in: *Frankfurter Rundschau* vom 11. September 2002, S. 4 (Anzeige).

5 Wiesenthal, Helmut: Grundlinien der Transformation Ostdeutschlands und die Rolle korporativer Akteure, in: Ders. (Hrsg.): Einheit als Interessenpolitik. Studien zur sektoralen Transformation Ostdeutschlands, Frankfurt/M. – New York 1995, S. 10.

6 Hier wurden nach einem bereits bei früheren Studien verwendeten Schema 4.587 Spitzen-Positionen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Finanzwirtschaft, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Berufsverbänden, Justiz, Wissenschaft, Massenmedien, Kultur, Kirchen, zentrale Organisationen und Militär ausgewählt und interviewt. 2.341 Funktions-träger antworteten. Diese Zahl ist hier die Bezugsgröße. Siehe Machatzke, Jörg: Die Potsdamer Elite-studie – Positionsauswahl und Ausschöpfung, in: Bürklin, Wilhelm, Rebenstorf, Hilke u. a.: Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen 1997, S. 35-68.

7 Vilmar, Fritz: Soziale Liquidation oder Diskriminierung ostdeutscher Eliten, in: Ders. (Hrsg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen, Berlin 2000, S. 88; vgl. Dümcke, Wolfgang, Vilmar, Fritz: Was heißt hier Kolonialisierung? Eine theoretische Vorklärung, in: Dies. (Hrsg.): Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster 1996, 3. Aufl., S. 13.

8 Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung, Opladen 1996, 2. Neubearb. u. erw. Aufl., S. 106.

lakonisch: »Finanztransfer, Institutionentransfer und Akteurssubstitution – diese drei Begriffe erscheinen als angemessene Beschreibung des Grundmusters eines mit großer Zielsicherheit und souveräner Mittelkompetenz betriebenen Systemwechsels.«⁵ Vor allem vollzog sich – im Vergleich zu den anderen Transformationsstaaten Osteuropas einmalig – der Austausch der Eliten. Wir vergessen dabei nicht, daß die Mehrzahl der Ostdeutschen, nicht aber die Mehrzahl der Intellektuellen, den Anschluß wollte. Die Abwicklung der Ost-Intelligenz wurde von der Mehrheit ihrer Landsleute zumindest toleriert.

Wenn die Potsdamer Elitenstudie von Wilhelm Bürklin u. a. 1995 feststellt, daß die Ostdeutschen an der gesamtdeutschen Elite⁶ nur mit 11,6 Prozent beteiligt sind, dann dürfte Fritz Vilmar recht haben, daß »kein Strukturbruch die soziale Liquidation von drei Viertel der ostdeutschen Wissenschaftler rechtfertigen kann«⁷, was ebenso für viele andere Bereiche zutrifft. Der Soziologe Rainer Geißler drückt es gefälliger aus, wenn er von der »partielle(n) westdeutsche(n) Überschichtung Ostdeutschlands«⁸ spricht und folgert: »Man könnte versucht sein, das vereinte Deutschland als Zwei-Klassen-Gesellschaft, die Ost-West-Kluft als einen regional verankerten Klassengegensatz zwischen einer dominanten ›Westklasse‹ und einer subordinierten ›Ostklasse‹ zu begreifen.«⁹ Lenin und Stalin wären stolz auf ihre Klassengegner, so radikal und umfassend haben sie Elitenwechsel nach Revolutionen nie vollziehen können.

Aus westdeutscher Sicht war das nur notwendig. Arnulf Baring unterstellte »verzweigte« Menschen: »Ob sich heute einer dort Jurist nennt oder Ökonom, Pädagoge, Psychologe, Soziologe, selbst Arzt oder Ingenieur, das ist völlig egal. Sein Wissen ist auf weite Strecken völlig unbrauchbar.«¹⁰ Wolf Jobst Siedler befand, daß der Osten geschichtsbedingt »eine von Elite entleerte Region«¹¹ sei. Selten ist jemand so offen wie der Historiker Michael Wolffsohn: »Politische Schuld ist nicht justitiabel. Soll Vergangenheit politisch bewältigt werden, muss eine Mindestvoraussetzung erfüllt sein ... der Austausch der politischen Führungskräfte. Das bedeutet: Wer vor der Wende wo auch immer und aus welchen Gründen auch immer an welchem politischen Hebel auch immer saß (und nicht kriminell schuldig wurde), muss abtreten ... Jeder Körper bedarf der Hygiene: der Körper des einzelnen Menschen ebenso wie der Körper der Gesellschaft. Nach einer Wende entspricht der Wechsel des Personals den hygienischen Anforderungen.«¹² Das wurde durchgezogen – von Politbüro und Regierung – was unstrittig war – bis zur Parteigruppe und dem letzten Wissenschaftsbereich, der untersten akademischen Struktureinheit.¹³

Selbst nüchterne Politologen wie Klaus von Beyme loben »negative Kaderpolitik« und »Anti-Nomenklatura-Politik« in der Illusion, daß ein radikaler Elitenaustausch Demokratisierung befördere.¹⁴ Für alle gesellschaftlichen Bereiche der DDR sollte gelten: »Ostdeutschland mußte noch einmal vollziehen, was alle Deutschen gemeinsam 1945 hinter sich gebracht hatten: unconditional surrender.«¹⁵ Bedingungslose Kapitulation in einem nicht erklärten Krieg – die Verlierer unterliegen der Gnade der Sieger!

Es geht nicht einfach um die Kritik unvermeidlicher Betriebsunfälle, die bei einem einmaligen Transformationsprozeß auftreten,

sondern um Kritik an der grundsätzlichen Entscheidung gegen Intellektuelle, die als marxistisch verseucht, sozialistisch orientiert und insgesamt lernunfähig eingestuft werden. Insofern ist der selbstkritische Rückblick Jürgen Kockas hilfreich, »daß da des Guten zuviel getan worden ist und daß wir mehr Abbruch von produktiven und auch langfristig interessanten Traditionen der DDR-Wissenschaft gehabt haben, als nötig und wünschenswert gewesen.«¹⁶

Zumal es weniger jene Wissenschaftler und Wissenschaftsfunktionäre traf, die aus Überzeugung oder aus anderen Gründen in der DDR politische Verantwortung trugen – auch für Irrtümer, Fehler und Menschenrechtsverletzungen. Denn diese Gruppe resignierte weitgehend im demokratischen Aufbruch des Herbst '89 und der Folgezeit oder geriet aus den eigenen Kollegenreihen unter Beschuß und schied aus, zumal sie meist dicht vor der Rente stand. Betroffen ist vielmehr die »Generation der Übersprungenen« (Liedermacher Gerhard Gundermann). Sie war zur Wende 35 bis 45 Jahre alt, hat selbst entscheidend die ewigen Wahrheiten mit erschüttert, kritisch das System hinterfragt und – das ist ihr »Makel« – zu lange an eine reformierbare und reformierte DDR geglaubt und der deutschen Einheit skeptisch gegenüberstanden.

Der Elitenaustausch ist gelungen. Auch wenn die Zahlen heute bewußt verschleiert werden und so auch die hier wie in unserer Studie¹⁷ verwendeten Werte angreifbar sind, bleibt die Tendenz doch unleugbar: Je nach Institution und Fachrichtung sind vom einstigen DDR-Personal an den ostdeutschen Universitäten und Hochschulen noch 10 bis 40 Prozent verblieben. Von 39 000 Mitarbeitern 1989/90 waren Mitte der 90er Jahre 11 700 im Mittelbau vorhanden, 5 000 auf gesplitteten und 3 000 auf Kurzarbeitsplätzen. Insgesamt wurden 10 000 Personen entlassen (abgesehen von den Regelungen zu vorzeitigem Altersübergang oder eigener Kündigung). Nur 2 000 ostdeutsche Wissenschaftler wurden auf Professuren berufen, fast ausschließlich auf geringer ausgestattete C 3-Stellen. Weitere 2 300 Professoren wurden übernommen, in der Regel auf personenbezogenen Stellen, die sich mit Erreichen der Altersgrenze erledigen. 5 000 Professoren sind ausgeschieden.¹⁸

Um die Lücken nach den Kündigungen zu schließen, erfolgte eine massive »Blutzufuhr« aus dem Westen: Allein für 1994 bis 1999 belegen lückenhafte Untersuchungen, daß von 1 878 von ostdeutschen Universitäten ausgesprochenen Hochschullehrer-Berufungen 1 774 in den Westen und nur 104 in den Ostteil des Landes gingen. Nur 17 Ostdeutsche bekamen einen Ruf an westdeutsche Universitäten.¹⁹ Es bleibt anzumerken, daß auch in den außeruniversitären Bereichen die frappierende Disproportion auffällt.²⁰

In den »staatsnahen« sozialwissenschaftlichen Fachrichtungen wurde weit radikaler als in den anderen Fächern aufgeräumt, so daß die Eliminierungsquote von DDR-Professoren von 60 Prozent (1993) noch weit überboten wird.²¹ 1995 sollen sich von 428 Professoren in diesen Fächern 229 aus dem Westen (65 %), 119 aus dem Osten (33,5 %) und 6 aus dem Ausland (1,5 %) rekrutiert haben. Dazu kamen damals noch 78 Hochschullehrer alten Rechts und im Überhang. 73 Prozent der Dekane und Institutsdirektoren hatten ihre Heimat im Westen. Diese Relationen dürften sich kaum verbessert

9 Ebenda., S. 373.

10 Baring, Arnulf: Deutschland, was nun? Berlin 1991, 2. Aufl., S. 59.

11 Siedler, Wolf Jobst: Sagen Sie mal, Wolf Jobst Siedler ... haben Sie schon einen Internet-Anschluss?, in: Focus. München, Heft 22/1996, S. 66-70.

12 Wolffsohn, Michael: Doppelte Vergangenheitsbewältigung, in: Sühl, Klaus (Hrsg.): Vergangenheitsbewältigung 1945-1989. Ein unmöglicher Vergleich?, Berlin 1994, S. 40 ff.

13 Am 4. und 10. September 1990 – also noch vor Abschluß des Einigungsvertrages – erließ der Bundesinnenminister Richtlinien über die »Einstellung von Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung im Beitrittsgebiet in ein Bundesbeamtenverhältnis« sowie »Übergangsregelungen des Einigungsvertrages für den öffentlichen Dienst«. Zur Praxis dieses Prozesses vgl. Schäuble, Wolfgang: Der Einigungsvertrag in seiner praktischen Bewährung. In: Deutschland-Archiv, Heft 3/1992, S. 239; Lieberam, Ekkehard: Die Säuberung des öffentlichen Dienstes in Ostdeutschland, in: Schmidt, Max (Leiter Autorenkollektiv): Einigungsvertrag – Muster ohne Wert?, Berlin 1993; Groß, Hermann: Säuberung oder Kontinuität. Fragebögen zur Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst in den neuen Ländern, in: BISS public, Heft 20 (1996).

14 Beyme, Klaus von: Regime Transition and Recruitment of Elites in Eastern Europe, in: Governance: An International Journal of Policy and Ad-

ministration, Cambridge, No. 3/1993, p. 409-425.

15 Ders.: Der kurze Sonderweg Ostdeutschlands zur Vermeidung eines erneuten Sonderweges: Die Transformation Ostdeutschlands im Vergleich der postkommunistischen Systeme, in: Berliner Journal für Soziologie, 3/1996, S. 309.

16 Historiker als Vordenker der Vernichtung. Ein Gespräch mit Jürgen Kocka über Auschwitz und die deutsche Geschichtswissenschaft, in: Sozialismus 9/1999, S. 21; kritisch dazu Pätzold, Kurt/Weißbecker, Manfred: Des Guten zuviel getan? – nun ja, Kollege Kocka, in: Neues Deutschland, 30./31. 10. 1999.

17 Siehe ausführlich Bollinger, Stefan/van der Heyden, Ulrich (Hrsg.): Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland, Berlin 2002; vgl. Hecht, Arno: Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?, Leipzig 2002.

18 Siehe Eppelmann, Rainer: Eröffnung, in: Protokoll der 12. Sitzung: Öffentliche Anhörung: Wissenschaft und Bildung in der DDR – politische Instrumentalisierung und deren Folgen heute. (22. April 1996 in Berlin), in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit«. (13. Wahlperiode), Bd. IV/1, Baden-Baden-Frankfurt/M. 1999, S. 104/105.

19 Siehe Hecht, Arno: Zur Dynamik des Berufungsgeschehens an den Universitäten der neuen Bundesländer. Die Gewinner der

haben.²² Ein westdeutscher Beobachter stellt fest: »War die Vereinigung auf staatlichem Terrain ein *Anschluß* des Ostens an den Westen, so sollte sie sich im Bereich der ... Geistes- und Sozialwissenschaften unter dem Strich noch nicht einmal als das erweisen. Hier stellte sie sich in erster Linie als *Ausschluß* heraus.«²³ Im Wintersemester 1989 lehrten an den vier juristischen Sektionen in der DDR 123 Hochschullehrer. 1994 fanden sich darunter gerade noch 18 Ostdeutsche; von ehemals 210 wissenschaftlichen Mitarbeitern waren gerade noch 22 vorhanden. In der Soziologie hatten immerhin 11 der 53 Professoren (Stand 1997) an ostdeutschen Universitäten in der DDR promoviert oder habilitiert, also etwa jeder Fünfte.²⁴

Als individueller Ausweg – insbesondere für die Akademie der Wissenschaften – wurde zunächst das *Wissenschaftlerintegrationsprogramm* (WIP) gepriesen. Die hier erfaßten waren im Prozeß der Evaluierung durch die alt-bundesdeutsche Zunft grundsätzlich positiv bewertet worden. Dieses Programm lief Ende 1996 aus. 1994 wurden statt der vorgesehenen 2000 lediglich 1511 Personen befristet gefördert. Damit sollte ihre Anstellung vor allem an ostdeutschen Universitäten erreicht werden. Dabei zeigte sich, daß der drastische Stellen- und Finanzabbau, aber auch die Engpässe und Vorbehalte im Westen kaum Gelegenheit für einen neuen Start boten. Erhebliche Bemühungen seitens der Betroffenen wurden unternommen, in der einen oder anderen Weise nach dem Stichtag eine Förderung oder gar eine Festanstellung zu bekommen. Von den zum Schluß 1332 geförderten Personen waren 233 dauerhaft beschäftigt, 570 befristet (zwischen 3 Monaten und 4 Jahren) und 66 »sozialverträglich ausgeschieden«, 449 gingen in die Arbeitslosigkeit.²⁵ Zum Jahresende 2000 liefen die letzten ca. 200 geförderten Stellen aus, in Berlin war zum Beispiel der Senat nicht bereit, für diesen Personenkreis 13 Millionen DM bereitzustellen.²⁶

Warum braucht das vereinte Deutschland ostdeutsche Sozialwissenschaftler?

Letztlich kann und muß diese Ausgrenzung und Ausschaltung der ostdeutschen Sozialwissenschaftler beklagt werden. Ist diese Klage aber allein schon Grund, etwas dagegen zu unternehmen? Sicher nicht. Es ist nach Gründen zu fragen, die für die gesamtdeutsche Gesellschaft ihre bewußte Integration erforderlich machen. Wohlgermerkt ist dieses Problem auch nicht mit Verweis auf die nachwachsende Generation junger Studenten und Doktoranden zu beantworten.²⁷ Denn sie sind wesentlich von den nun vorherrschenden West-Kollegen sozialisiert und determiniert, müssen sich dem *gesamt-*, also *west-*deutschen Diskurs anpassen und werden dies aus Einsicht oder vor allem aus mangelnder Alternative auch müssen. Schließlich haben sie keine andere Chance und merken beim Start ihrer Wissenschaftlerkarriere schnell, daß eigene Seilschaften fehlen, sie bestenfalls in westdeutsch dominierte hingeraten können und die für ihre ostdeutsche Erfahrungswelt – so sie sich denn als »Zonenkinder« (Jana Hensel) oder künftig »Zonenenkel« verstehen – recht wenig übrig haben.

Zuallererst wäre es die Wahrnehmung sozialer und wissenschaftlicher Verantwortung für den Erhalt eines ostdeutschen Anteils unter

den Wissenschaftlern. So könnte die Dominanz westdeutscher Kollegen im Osten bedingt korrigiert und generell der Wissenschaftler-Anteil an der ostdeutschen Bevölkerung erhöht werden, der nur bei einem Drittel des westdeutschen liegt.²⁸ Zugleich wäre die »Rettung« junger bzw. jüngerer Wissenschaftler aus dem Osten ein Zeichen für die Ernsthaftigkeit der Politik des Zusammenwachsens von Ost und West. Ob dies mit Integrationsprogrammen in den vorhandenen universitären und Forschungsstrukturen möglich ist oder in Gestalt zusätzlicher Institutionen, sei dahingestellt. Zu erinnern ist auch daran, daß der klassische Minderheitenschutz eigentlich die Frage nach Quoten aufwirft²⁹, die zwar für den deutsch-deutschen Einheitsstand hinreichend seltsam, nichtsdestoweniger aber sicher hilfreich wären, wenn nichts anderes greift. Vom Minderheitenargument abgesehen, das selbstredend generell die Rolle der Ostdeutschen im vereinten Deutschland berührt, sind diese Argumente natürlich nur moralischer Natur. Und nicht nur beim Fressen, auch bei Stelleneinrichtung wie Vergabe fällt die Moral normalerweise hinten runter. »Knappe Kassen« erschlagen sowieso alle Diskussionen zum Thema, so es denn als berechtigt angesehen wird.

Konsequenterweise ist danach zu fragen, was denn jenseits der moralischen für andere politische und inhaltliche Argumente vorhanden sind, die nach der Zerschlagung nun eine »bevorzugte« Behandlung der ostdeutschen Wissenschaftler/innen begründen könnten.

Das sind *erstens* die besonderen Kenntnisse der ostdeutschen Spezifik, ihrer geschichtlichen und mentalen Bedingungen durch diejenigen, die selbst aus dieser Gesellschaft hervorgegangen sind. Das ist nicht nur angesichts der westdeutschen Deutungshoheit über ostdeutsche Geschichte und Biografien wesentlich, es wäre auch Antwort auf den Umstand, daß nur noch an einem Drittel der Hochschulen Lehrveranstaltung zur DDR-Geschichte angeboten werden³⁰ und selbst an den Schulen dieses Thema bereits aus dem Horizont von Lehrern wie Schülern verschwunden scheint.

Zweitens belegen vielfach gewonnene Erfahrungen, daß ostdeutsche Wissenschaftler an ostdeutschen wie Berliner Universitäten und Hochschulen von den Studierenden »angenommen«, ja sogar als Mittler zwischen ihnen und zumeist aus dem Westen stammenden administrativen Führungspersönlichkeiten anerkannt werden, dies gilt generell für alle Herausforderungen der politischen Bildung.

Sie besitzen *drittens* die intellektuellen wie emotionalen Voraussetzungen für ein kritisches und helfendes Umgehen mit der EU-Osterweiterung, um so den Anspruch Ostdeutschlands auf eine Brückenfunktion in Richtung Osteuropa und Rußland auszufüllen.

Nicht zu unterschätzen sind *viertens* ihr sehr spezifisches Wissen und die subjektiven Erfahrungen aus dem Transformationsprozeß, der für Krisenbewältigung und erforderliche neue Wege auch des vereinten Deutschland nutzbar gemacht werden sollte. Hier wären Ostdeutsche keine pflegeleichten, aber – so sie ernstgenommen würden und sich selbst gegenüber ehrlich blieben – kreative Mitstreiter.

Fünftens sind Ostdeutsche nicht nur ausgewiesen wegen ihrer quellenorientierten Forschungen vom Mittelalter bis zur Zeitgeschichte, sondern vertreten jene oft vermeintlichen »Orchideen-

Einheit, in: hochschule ost, Heft 1-2/2000, S. 216, Tabelle 1.

20 41 600 westdeutschen Mitarbeitern in Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, den Großforschungs- und Blaue Liste-Einrichtungen stehen 7 900 ostdeutsche gegenüber, was, gemessen an den Bevölkerungsanteilen, ein Minus von 8 320 Stellen bedeutet (1999). Siehe Jahnke, Ulli: Backwash?! Zehn Jahre »Wissenschaftseinheit« – Überlegungen zur Diskussion, in: Forum Wissenschaft, Marburg 4/1999, S. 20, eigene Berechnungen.

21 Meyer, Hansgünter: Hochschulen im Wandel – Richtungen, Holzwege, Zukunftschancen, in: UTOPIE kreativ, Heft 126 (2001), S. 331, Tab. 1.

22 Siehe Pasternack, Peer: Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur. Vergleichsstudie im Anschluß an die Untersuchung »Geisteswissenschaften in der DDR«, Konstanz 1990, Leipzig 1996, S. 175 f.

23 Feldner, Heiko: Politischer Umbruch und Geschichtswissenschaft in Deutschland. Gedanken zur Debatte, in: Gesellschaft und Geschichte, Heft 1/1996, S. 93.

24 Siehe Kaube, Jürgen: Soziologie, in: Kocka, Jürgen/Mayntz, Renate (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998, S. 297.

25 Siehe Ruben, Peter: Vom Ende einer Hoffnung. Bericht über eine Versammlung und Überlegungen zu

ihrem Thema, in: Berliner Debatte. INITIAL, Heft 1-2/1997, S. 171, 177.

26 Siehe Bundschuh, Karin: Wissenschaftlerkarrieren auf Wiedervorlage. Erneut bängen die ehemaligen Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften um ihre Förderung, in: Berliner Zeitung, 11. August 2000, S. 14.

27 Siehe Zimmermann, Karin: Die soziale Konstruktion der Passfähigkeit in Personalauswahlverfahren. Berufungen an ostdeutschen Universitäten, in: hochschule ost, Heft 3-4/1999, S. 171-194.

28 Vgl. Scheich, Henning: Forschungsspagat in Ostdeutschland. Zu wenig Kooperation mit der Industrie, in: Erziehung & Wissenschaft, Heft 11/2002, S. 14.

29 Siehe Crome, Erhard: Ossi-Quote, in: Das Blättchen, 4/2001, S. 5-6.

30 Siehe ausführlich: Pasternack, Peer: Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990-2000, Wittenberg 2001.

31 Siehe Bollinger, Stefan/Heyden, Ulrich van der/Keßler, Mario: Verlierer der Einheit. Die Geisteswissenschaften aus der DDR, in: hochschule ost, Heft 3-4/2000, S. 195-203.

fächer«, deren Fehlen sich auch gesamtdeutsch negativ bemerkbar macht. Das betrifft Osteuropastudien oder die sogenannten Regionalwissenschaften, wie Orient-, Afrika-, Lateinamerika- und Asienwissenschaften oder Forschungsgebiete wie den ehemaligen sowjetisch-mittelasiatischen Raum, die gerade in der Gegenwart mehr denn je im Fokus stehen. Ebenso unverzichtbar müßte eine jenseits von Hagiographie betriebene Geschichte der Arbeiterbewegung sein oder ein kritisch-aufgeschlossener Umgang mit marxistischen Theorien, die nach der Pensionierung der letzten 68er auch im Westen zur *terra incognita* verkommen werden.

Dazu gehören *sechstens* aber auch die heute aus dem breiten gesamtdeutschen Diskurs marginalisierten Zugänge wie die Beschäftigung mit dem bürgerlichen Revolutionszyklus ebenso wie die Präsenz eines undogmatischen marxistischen Ansatzes; Denkschulen, wie sie Jürgen Kuczynski und Hans Mottek in der Wirtschaftsgeschichte oder Walter Markov und Manfred Kossok in der Revolutionsgeschichte vertraten.

Wir übersehen nicht, daß das Ausschalten der Ostwissenschaftler einherging mit dem neoliberalen Umstrukturieren der westdeutschen Wissenschaftslandschaft – die Beseitigung von Langfristorientierung, Fächerumstrukturierung und radikale Fächerreduzierung zugunsten vordergründigen Kosten-Nutzen-Denkens. Gleichzeitig sehen wir im gesamtdeutschen Zerstören von Wissenschaftsstrukturen generell Gefahren für die Leistungsfähigkeit von Wissenschaft, auch wenn wir hier auf die Sozialwissenschaften verweisen. Insellösungen könnten beispielgebend wirken, um Fehlentwicklung auch gesamtdeutsch zu korrigieren.

Wie kann eine Reintegration bewerkstelligt werden?

Wir haben in den letzten Jahren versucht, Ideen in die Diskussion einzubringen, die allesamt politische Bereitschaft, bildungs- wie finanzpolitischen Willen benötigen, um durchgesetzt zu werden. Aus unserer Sicht müßten folgende Punkte³¹ bei der Auflegung eines »Rettungsprogramms« für die Geistes- und Sozialwissenschaften berücksichtigt werden. Aus diesem Bereich betrifft es einen Kreis von ca. 200 Personen (das wären 10 % derjenigen, die durch das WIP gefördert wurden) zwischen 40 und Ende 50, der besonderer Unterstützung bedarf.³²

- Ein Weg wäre die Übernahme von Wissenschaftlern in einen zu schaffenden kw-Pool (kw – kann weg) eines »Rettungsprogramms« durch Bewerbung sowie den Nachweis wissenschaftlicher Tätigkeit, inklusive geeigneter Gutachten.

- Die Bewerbungsunterlagen prüft ein unabhängiges Experten-Gremium, in dem auch ausländische Wissenschaftler angemessen vertreten sein sollten.

- Die Bewerbung erfolgt zunächst projektunabhängig, weil ansonsten wieder der Zwang nach Ausrichtung der Bedürfnisse der Trägerinstitution überwiegt. Dennoch sollten alle Bewerber auf Grund ihrer Wissenschaftsprofile einen groben Arbeitsplan für die nächsten zehn Jahre bzw. bis zum Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben einreichen.

- Die in das Programm aufgenommenen Wissenschaftler werden an Universitäten oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen an-

gebunden. Sie nehmen ihre kw-Stellen mit, sollten sie sich an anderen Universitäten, an einer öffentlich geförderten Hochschule oder einer außeruniversitären Forschungseinrichtung erfolgreich bewerben.

- Es ist zu überlegen, ob die geschaffenen kw-Stellen bei entsprechender Qualifizierung der Inhaber (wovon i. d. R. ausgegangen werden kann) als »Assistent Professor« oder in einer ähnlichen Form an den Universitäten existieren können. Denkbar wären auch wissenschaftliche Dauerstellen in der Form Akademischer Räte oder Oberräte (mit oder ohne Professorentitel). Nachzudenken wäre auch, ob neben den Lehrstuhl-Professuren auch Professuren mit vollem Lehrauftrag bzw. mit Lehrauftrag, wie sie in den ersten Jahren der DDR an den Universitäten üblich waren, eingeführt werden.

- Der Stellenpool kann nicht nur durch die Universitäten, sondern auch durch außeruniversitäre Forschungszentren und -institute genutzt werden. Entsprechende Möglichkeiten werden zur DDR- und Ostdeutschland- sowie Osteuropa-Forschung an allen ostdeutschen und ausgewählten westdeutschen Universitäten wieder eingerichtet oder neu etabliert. Gleichzeitig werden Arbeitsbedingungen auch für andere Geistes- und Sozialwissenschaftler geschaffen.

- Die Aufnahme in das Programm verpflichtet die Wissenschaftler, sich für die Einwerbung von Sachkosten (Reisekosten, Druckkostenzuschüsse u. dgl. m.), wie alle anderen Wissenschaftler auch, einzusetzen.³³

- Überlegenswert ist auch die Einführung einer »Ost-Quote« an den Wissenschaftseinrichtungen, die zumindest in den neuen Bundesländern und Berlin einen dem Bevölkerungsanteil entsprechenden Anteil Ostdeutscher langfristig sichert. Diese Entscheidung kann für einen längeren Zeitraum, aber befristet getroffen werden.

- Genauso denkbar sind die Einrichtung einer Stiftungs-Hochschule oder adäquater Institute, Sonderforschungsbereiche o.ä., die der besonderen Lage der Zielgruppe des Programms Rechnung tragen. Das Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschungen mit seiner Durchmischung der Mitarbeiter stellt von Anspruch und Struktur her ein Lösungsmuster dar.

- Parallel erfolgt die Förderung außeruniversitärer, zivilgesellschaftlich eingebundener Wissenschaftsstrukturen vorrangig ostdeutscher Wissenschaftler (ähnlich BISS, Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg u. ä.), die unmittelbar Analysen der ostdeutschen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft erstellen sowie zur DDR- und gesamtdeutschen Geschichte arbeiten.

- Besondere Förderung erhalten Netzwerk-Projekte ostdeutscher Wissenschaftler/innen.

- Schließlich bieten sich die Institutionen der Politischen Bildung als solche Auffangstrukturen an.

Ideen sind weiterhin gefragt, vor allem aber die Bereitschaft der Politik, sich diesen Fragen inhaltlich und finanziell zu stellen. Wir übersehen auch nicht, daß der betroffene Personenkreis sich dazu von Skepsis und Resignation befreien muß.

Ein solches »Rettungsprogramm« versteht sich nicht als Gewährung eines »Gnadenbrotes« für noch aktive ostdeutsche Wissenschaftler, sondern als Beitrag für die deutsche Einheit. Insofern ist der Verweis auf kw-Stellen allein ein Zugeständnis an die bisherige

32 Zu den in Frage kommenden Kandidaten sowie ihrer Zahl verfügen die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und damalige Mitarbeiter sowie das Archiv der Nachfolgeeinrichtung der Akademie der Wissenschaften, der Koordinierungs- und Abwicklungsinitiative (später: Koordinierungs- und Aufbauinitiative) in Berlin über Informationen und Erfahrungen.

33 Daneben ist lediglich an ein einmalig zu zahlendes geringes Sachmittel-Startkapital von ca. 3.000 € pro Geförderten gedacht.

Praxis. Auch andere Lösungen, die nicht den Geruch eines »Gnadenaktes« haben, sind wünschenswert. Letztlich geht es um eine personengebundene, zielgenaue und langfristige Förderung von Wissenschaftlern.

In Deutschland steht die gesamte Wissenschafts- und Hochschullandschaft vor überfälligen Reformen. Bislang wurden Entscheidungen im Großen, und oft auch im Detail, hinausgeschoben. Das hier aufgeworfene Problem nicht nur anzuerkennen, sondern es praktisch zu lösen, kann eine Signalwirkung für generelle Veränderungen haben. Auch dieser Effekt liegt im Interesse der Betroffenen wie der deutschen Wissenschaft insgesamt. Um den einleitenden Gedanken nochmals aufzugreifen: Die Erklärung zugunsten ausgegrenzter ostdeutscher Sozialwissenschaftler durch Emigranten von Hobsbawm bis Iggers, ausgewiesene Historiker unterschiedlicher politischer Couleur und allesamt weder Freunde des stalinistischen Sozialismus noch Apologeten der DDR und ihrer dogmatischen Sozialwissenschaften, sollte zu denken geben. Auch Rot-Grün hat die Lage der ostdeutschen Sozialwissenschaftler nicht verändert. Lehrstühle und Deutungshoheit haben – bis auf wenige Ausnahmen – westdeutsche Kollegen. Ein Umstand, der vielen Ostdeutschen bestätigt, nach wie vor Bürger 2. Klasse zu sein. Während heute wieder Rotkäppchen-Sekt und Thüringer Wurst einen Bezug zur eigenen Vergangenheit herstellen, bleibt das intellektuelle Umfeld bis auf wenige Ausnahmen westlich bestimmt.

Ohne Intellektuelle, die mit den Bürgern der Neufünfländer Erfahrungen gemein haben, die Westdeutsche so nicht machen konnten, wird die politische Kultur beider Deutschländer eher weiter auseinanderdriften denn zusammenwachsen. Wenn Wolfgang Thierse, Staatssekretär Catenhusen oder Abgeordnete von SPD, Grünen oder PDS diesen Umstand beklagen, aber gleichzeitig die leeren Kassen wie die Auflösung regulärer Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft bemühen, dann hilft das nicht weiter. Diejenigen Sozialwissenschaftler/innen, die sich seit 1990 mit befristeten WIP-Programmen, Projektstellen und als Privatgelehrte durchgehängt haben und demokratische Lernfähigkeit, Kreativität und Wissenschaftsliebe bewiesen, brauchen Perspektiven. Politischer Wille zur Beseitigung dieses politischen Unrechts gegenüber jenen ostdeutschen Intellektuellen, die sich mit der DDR ob ihrer begrenzten Freiheiten schwer taten und nun erleben müssen, daß die Wissenschaftsfreiheit politischer Spätabrechnungen mit der DDR insgesamt und dem Finanzargument geopfert wird, ist hohe Zeit.